



München, 5. Dezember 2006

Sperrfrist:
Dienstag, 5. Dezember 2006, 10.00 Uhr

Auch im Internet unter:
www.orh.bayern.de

Pressemitteilung **zum** **Jahresbericht 2006**

Präsident Dr. Heinz Fischer-Heidberger legt heute den Jahresbericht 2006 vor.

Der Jahresbericht des Obersten Rechnungshofes bildet die Grundlage für die Entlastung der Staatsregierung durch den Landtag. Der ORH attestiert insgesamt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Gleichwohl enthält der Jahresbericht 2006 zahlreiche Beispiele und Anregungen, wie Steuergelder wirtschaftlicher und effektiver eingesetzt werden können.

Das Jahr 2006 markiert eine entscheidende Kehrtwende: Der bayerische Haushalt kommt zum ersten Mal seit Jahrzehnten ohne neue Schulden aus. Auch auf der Einnahmenseite zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Nach dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen deutlich an. Dies ist aber kein Freibrief für neue Begehrlichkeiten. Der Haushalt hat immer noch ein strukturelles Defizit. Der Schuldenabbau muss daher vorrangiges Ziel bleiben.

Die **Modernisierung der Verwaltung** ist in den letzten zehn Jahren ein Schwerpunkt der Staatsregierung. Ein zentraler Punkt sind die Neuen

Steuerungsinstrumente (NSI). Die NSI (Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling) werden in ausgewählten Bereichen seit 1995 erprobt. Der ORH hatte die Pilotbehörden erstmals 1999 untersucht, Schwachstellen aufgezeigt und Empfehlungen ausgesprochen. Im Rahmen der aktuellen Querschnittsuntersuchung prüfte er u.a., ob die angestrebten Ziele, insbesondere die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, erreicht wurden.

„Der derzeitige Stand beim Einsatz der NSI ist unbefriedigend“, so das Resümee von Präsident Dr. Fischer-Heidlberger. Obwohl in den letzten Jahren mindestens 30 Mio € in die Entwicklung geflossen sind, konnte in keiner der geprüften Behörden ein konkreter Nutzen der NSI nachgewiesen werden. Bei der Kosten- und Leistungsrechnung befinden sich viele Vorhaben immer noch in der Pilotierungsphase, beim Controlling fehlt es nach wie vor an den erforderlichen Zielvorgaben. Es wurden „Zahlenfriedhöfe“ geschaffen, aus denen keine Konsequenzen gezogen werden [TNr. 16].

„Der Einsatz der NSI kann erst sinnvoll fortgesetzt werden, wenn die bisherigen Erfahrungen ressortübergreifend ausgewertet sind. Nur wo mit vertretbarem Aufwand ein konkreter Nutzen erzielt wird, macht der Einsatz von NSI Sinn“, so Präsident Dr. Fischer-Heidlberger.

Ein weiteres neues Instrument für öffentliche Investitionen sind Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP). Der ORH kommt bei zwei Staatsstraßenprojekten zum Ergebnis, dass die ÖPP-Lösung bei einem realistischen Kostenvergleich gegenüber einer herkömmlichen Verwirklichung erheblich teurer wird [TNr. 18]. Präsident Dr. Fischer-Heidlberger betont daher: „ÖPP sind keine neue Geldquelle. Wie bei Krediten werden langfristige finanzielle Verbindlichkeiten begründet, die künftige Haushalte belasten.“

Regelmäßig enthalten die ORH-Berichte auch Feststellungen und Empfehlungen für die Steuerverwaltung. Präsident Dr. Fischer-Heidlberger: „Drei Viertel aller Ausgaben werden über Steuereinnahmen finanziert. Nur was vorher eingenommen wird, kann nachher ausgegeben werden.“ Diesmal wurden die Besteuerung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und die Lohnsteuer-Außenprüfung untersucht.

Bei der Besteuerung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sieht der ORH nach vorsichtiger Hochrechnung Steuerausfälle von rd. 150 Mio € jährlich.

Ein Viertel der untersuchten Fälle war unzureichend bearbeitet. Fehlerschwerpunkte waren u.a. Gebäudeabschreibungen und Werbungskosten. Um Abhilfe zu schaffen, muss die IT-Unterstützung verbessert werden; insbesondere die erste Bearbeitung der Vermietungsfälle muss gründlich erfolgen [TNr. 24].

Bei der Lohnsteuer-Außenprüfung fordert der ORH, Auswahl und Prüfung der Fälle stärker auf steuerliche Risikobereiche zu konzentrieren. In zu vielen Prüfungen wird kein oder nur ein geringes Mehrergebnis erzielt. Für die Prüfung der Lohnsteuer bei Körperschaften wird in den Ballungsräumen München und Nürnberg zu wenig Personal eingesetzt. Erfahrungsgemäß sind hier die Steuer ausfälle am Höchsten. Daher fordert der ORH, in diesem Bereich umgehend mehr Personal einzusetzen [TNr. 25]. Die Lohnsteuer ist die bedeutendste Einnahmequelle für Bund und Länder. In Bayern wurden 2005 rd. 25,6 Mrd € vereinnahmt.

Der ORH wird am Ball bleiben. Auch künftig wird die Prüfung der Steuereinnahmen ein Schwerpunkt sein.

Nach kurzzeitigem Anstieg auf 212 Mio € in 2001 sind die Mittel für den Gebäudeunterhalt auf nunmehr 175 Mio € und damit unter das Niveau von 1998 (184 Mio €) gesunken. Fachleute halten mindestens 250 Mio € pro Jahr für erforderlich. Hinzu kommt, dass die ohnehin knappen Mittel z.T. noch für andere Zwecke, z.B. Neu- oder Umbaumaßnahmen, ausgegeben werden [TNrn. 27, 41]. Der ORH mahnt in seinen Berichten immer wieder an, ausreichend Mittel für den Straßen- und Bauunterhalt zur Verfügung zu stellen. Auch der Landtag hatte die Staatsregierung bereits 1999 ersucht, die Bestandserhaltung stärker zu gewichten. Präsident Dr. Fischer-Heidlberger: „Wer am Bauunterhalt zu sehr spart, büßt dafür mit deutlich höheren Sanierungskosten in der Zukunft.“

Der ORH kontrolliert nicht nur, er berät auch Parlament und Staatsregierung. Dabei zeigt er zukunftsgerichtet Verbesserungsmöglichkeiten und Einsparpotenziale auf. So enthält der Jahresbericht auch Kriterien für die Vergabe freiwilliger Leistungen der Staatsregierung [TNr. 15].

Die beigefügte Kurzfassung (gelbes Papier) dient der raschen Übersicht über den gesamten Inhalt des Jahresberichts.

1 IuK und Organisation

In Zeiten knapper Kassen müssen die Mittel besonders effektiv und effizient eingesetzt werden. IuK und Organisation können hierzu einen besonderen Beitrag leisten. Die Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente wurde daher ressortübergreifend geprüft.

1.1 Neue Steuerungsinstrumente der Staatsverwaltung

ORH: Neue Steuerungsinstrumente greifen nicht

Die Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente (NSI) dauert bereits über zehn Jahre und kostete bislang mindestens 30 Mio €. Dennoch werden die NSI bislang kaum zur Steuerung genutzt. Es fehlt bereits an den erforderlichen Zielvorgaben. Der ORH mahnt an, vor weiteren Schritten die bisherigen Erfahrungen auszuwerten. [TNr. 16]

1.2 Elektronische Signatur kaum im Einsatz

ORH: Wer braucht die elektronische Signatur?

Der Staat ist im Begriff, eine elektronische Signatur einzuführen. Er hat dabei nur unzureichend geprüft, in welchem Umfang diese für die staatliche Aufgabenerfüllung notwendig ist. Der ORH geht davon aus, dass nur in einer begrenzten Zahl von Fällen die elektronische Signatur rechtlich erforderlich ist. Allein beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehen Kosten von über 900 000 €. [TNr. 19]

2 Bauunterhalt

Zu geringe Mittel für den Bauunterhalt führen dazu, dass notwendige Instandhaltungsmaßnahmen unterbleiben. Wer am Bauunterhalt spart, handelt kurzsichtig und gibt letztlich mehr Geld für aufwendige Sanierungen aus.

Der ORH mahnt bereits seit 1998 die mangelhafte Ausstattung des Bauunterhalts an. Der Landtag hatte damals die Staatsregierung ersucht, die Bestandserhaltung stärker zu gewichten.

Der ORH hat bei drei Prüfungen erneut festgestellt, dass die Mittel für den Bauunterhalt nicht ausreichen:

2.1 Bauunterhalt an staatlichen Gebäuden

ORH: Priorität für den Substanzerhalt

Von den Bauämtern angeforderte Haushaltsmittel wurden nur zu höchstens zwei Dritteln bewilligt; ein Universitätsbauamt erhielt sogar nur ein Fünftel. Dringend notwendige Reparaturen werden verschoben und führen zu überproportional hohen Kosten in den Folgejahren. Damit wächst der Sanierungsstau immer weiter an; ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar. [TNr. 17, 27, 41]

2.2 Bauunterhalt an Gebäuden der Schlösserverwaltung

ORH: Ein alter Burgstadl wird zum Burgrestaurant, aber bitte nicht mit dem Geld für den Bauunterhalt

Statt Bauunterhaltsmittel für dringliche Maßnahmen zur Substanzerhaltung zu verwenden, wurden diese in erheblichem Umfang zweckentfremdet eingesetzt, zum Beispiel für die Neugestaltung des Eingangsbereiches der Residenz München oder für den Ausbau eines Burgstadls in ein Restaurant. Bei der Vergabe von Bauleistungen wurde zum Teil auf Ausschreibungen verzichtet. [TNr. 27]

2.3 Bauunterhalt an der Universität Regensburg

ORH: Sparen am falschen Ende

Die Bausubstanz der Universität Regensburg verschlechtert sich seit den 80er Jahren dramatisch. Das Universitätsbauamt schätzte die Kosten der Generalsanierung schon 2001 auf rd. 400 Mio €. Flachdächer und Fassaden wurden weder rechtzeitig noch ausreichend repariert. Zwanzig Jahre nach Beginn der Dachsanierung sind die Arbeiten noch nicht einmal zur Hälfte erledigt. Auch die Außenfassaden sind marode. Bei rechtzeitiger Sanierung wäre ein großer Teil der Kosten gar nicht erst angefallen. [TNr. 41]

3 Wirtschaftlichkeit

Der ORH weist die Verwaltung immer wieder auf unwirtschaftliche Bereiche hin und zeigt Änderungs- und Einsparmöglichkeiten auf. Neue Finanzierungsinstrumente sind noch keine Garantie für mehr Wirtschaftlichkeit.

3.1 Öffentlich Private Partnerschaften im Straßenbau

ORH: Keine Vorteile, höhere Kosten

Der Pilotversuch mit Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) bei zwei geprüften Staatsstraßenprojekten bringt im Ergebnis keine Vorteile gegenüber einer konventionellen Verwirklichung. Im Gegenteil steigen bei sonst gleichen Verhältnissen die Kosten wegen der teureren Vorfinanzierung erheblich. Zudem werden, wie bei Krediten, langfristige Verbindlichkeiten begründet, die künftige Haushalte belasten. [TNr. 18]

3.2 Jahrelange hohe Verluste bei den Landeskraftwerken

ORH: Öko-Strom besser verkaufen

Seit 2003 erwirtschaften die Landeskraftwerke aus der Erzeugung umweltfreundlichen Stroms anhaltende Verluste (2003 - 2005: 1,154 Mio €). Ursächlich dafür ist, dass der marktbeherrschende Hauptabnehmer die Senkung des Preises z.T. um mehr als die Hälfte durchgesetzt hat. Der ORH fordert, mit dem Hauptabnehmer verbesserte Konditionen auszuhandeln. [TNr. 30]

3.3 Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)

ORH: Lascher Vollzug zulasten des Steuerzahlers

Zahlen Unterhaltungspflichtige nicht, springen die Jugendämter ein und holen den Unterhalt von den säumigen Zahlern zurück. Die Rückholquote sank von 2001 mit 36,1 % auf 27,9 % in 2005; sie schwankte zwischen den Jugendämtern erheblich. So ist die Rückholquote mit nur 15,7 % bei der Stadt Nürnberg wegen der sehr knappen Personalausstattung weiterhin am niedrigsten. Der ORH fordert, dass die Kommunen die Jugendämter angemessen mit Personal ausstatten, zumal sie dafür nach Art. 7 Finanzausgleichsgesetz staatliche Finanzausweisungen erhalten. Erhebliche Kapazitäts-

ten würden bei den Jugendämtern frei, wenn das Nebeneinander von Leistungsansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Unterhaltsvorschussgesetz gesetzlich bereinigt würde. [TNr. 35]

3.4 Ärztlicher Dienst beim Zentrum Bayern Familie und Versorgung

ORH: Ärztlicher Dienst braucht eine Kur

Einsparpotenziale sieht der ORH beim Ärztlichen Dienst des Zentrums Bayern Familie und Versorgung. Eine veraltete Personalbedarfsberechnung, regionale Leistungsunterschiede innerhalb der Verwaltung, ineffiziente Arbeitsabläufe, eine verbesserungsfähige IT-Unterstützung und eine zu geringe Einbindung externer Gutachter führen zu vermeidbaren Ausgaben von jährlich bis zu 2 Mio €. [TNr. 36]

3.5 Personalkosten des medizinisch-technischen Dienstes der Universitätsklinik

ORH: Einsparpotenzial von rd. 6,8 Mio € nutzen

Eine Untersuchung einzelner Funktionsbereiche des medizinisch-technischen Dienstes der Hochschulklinik zeigte signifikante Unterschiede im Personaleinsatz. Grund dafür sind insbesondere fehlende Personalbedarfsberechnungen. Der ORH sieht bei sachgerechtem Personaleinsatz Wirtschaftlichkeitsverbesserungen mit einem Einsparpotenzial von rd. 6,8 Mio € jährlich. [TNr. 39]

3.6 Zu viele teure Studienplätze für Zahnmedizin in Bayern

ORH: Auf drei Standorte konzentrieren

Gemessen am Anteil der Wohnbevölkerung werden in Bayern zu viele Zahnmediziner auf teuren Studienplätzen ausgebildet. Der ORH fordert, in Regensburg auf die jetzt geplante Sanierung der Zahnklinik zu verzichten und die damit eingesparten 20 Mio € für dringendere Investitionen einzusetzen. [TNr. 40]

3.7 Sanierung einer technischen Zentrale

ORH: Überdimensioniert saniert

In der Universität Regensburg wurde eine zu groß ausgelegte Kraft-Wärme-Kopplungsanlage eingebaut. Die anfallende Wärmeenergie kann im Sommerhalbjahr nicht sinnvoll genutzt werden; die Anlage muss deshalb jedes Jahr für 6 Monate abgeschaltet werden. Auch die zentralen Stromversorgungsanlagen sind erheblich überdimensioniert. Bereits bei einer einfachen Plausibilitätsprüfung hätte dies der Bauverwaltung auffallen müssen.

[TNr. 42]

4 Allgemeine Verwaltung

Der ORH unterstützt Parlament und Staatsregierung dabei, die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns weiter zu verbessern. Er greift dabei Themen aus allen Bereichen auf:

4.1 Pauschale Arbeitszeitermäßigungen für ältere Lehrkräfte

ORH: Altersermäßigungen auf den Prüfstand stellen

Lehrer erhalten ab einem Lebensalter von 58 Jahren pauschale Arbeitszeitermäßigungen von ein bis drei Unterrichtsstunden. Diese Ermäßigungen entsprechen derzeit 540 Lehrkräften. Aufgrund der Altersstruktur wird sich die Zahl bis zum Schuljahr 2010/11 verdoppeln. Nach Ansicht des ORH ist es notwendig, diese pauschalen Regelungen in die Diskussion um die geforderten Neueinstellungen von Lehrkräften einzubeziehen. [TNr. 23]

4.2 Zuschuss für Zivilkleidung im Kriminaldienst

ORH: Kleidergeld im Innendienst

Beamte im Kriminaldienst, die überwiegend im Außendienst sind, erhalten monatlich den vollen Zuschuss für Kleidung (Kleidergeld). Bei weitaus dem größten Teil der Beamten liegen die Voraussetzungen zur Gewährung des Kleidergeldes in voller Höhe nicht vor. Mit Einführung des neuen IT-gestützten Dienstplanungssystems könnten problemlos die notwendigen Daten erfasst und damit Mehrausgaben von jährlich 400.000 € vermieden werden.

[TNr. 20]

4.3 Verwaltung staatlicher Fischereirechte

ORH: Verwaltungskosten an der Angel

Von 724 000 € Pachteinnahmen für Fischereirechte werden allein 42 % (300 000 €) für die Verwaltung durch den Landesfischereiverband (Geschäftsbesorgung) und sechs regionale Dienststellen des Landesamts für Finanzen verbraucht. Einzelne Regelungen in den Pachtverträge verursachen hohen Verwaltungsaufwand auf Pächter- und Verpächterseite. Der ORH empfiehlt Maßnahmen zur Einnahmensteigerung, zur Reduzierung von Kosten und zum Bürokratieabbau. [TNr. 29]

4.4 BAföG und Meister-BAföG

ORH: Fehlzahlungen von mehreren Millionen Euro

Bei der Vergabe von BAföG- und Meister-BAföG hat der ORH jährliche Fehlzahlungen von mehreren Millionen Euro festgestellt. Die Fehler könnten im Wesentlichen mit einer verbesserten IT-Unterstützung der Sachbearbeiter bei den Kreisverwaltungsbehörden vermieden werden. Weitere Einsparmöglichkeiten bestehen, wenn die rechtsmissbräuchliche Übertragung von Vermögen ausgeschlossen wird. Der ORH hat dazu Gesetzesänderungen angeregt. [TNr. 37]

5 Subventionen und Erfolgskontrolle

Aus über 250 Töpfen wurden 2005 Finanzhilfen in einem Umfang von 7,8 % der Gesamtausgaben ausgereicht. Gefördert werden insbesondere forschungs-, wirtschafts-, kultur-, agrar- und sozialpolitische Projekte und Institutionen. Die Prüfung der freiwilligen Leistungen ist seit Jahren Arbeitsschwerpunkt des ORH. Im Bemühen um einen Haushalt ohne Neuverschuldung ist es besonders wichtig, Aufgabenkritik zu üben und Förderprogramme zu durchforsten.

5.1 Nordische Skiweltmeisterschaft 2005 in Oberstdorf

ORH: Weiche Landung durch Förderungen

Der Staat beteiligte sich mit 10,5 Mio € an den Kosten der Sportanlagen für die Nordische Skiweltmeisterschaft 2005 in Oberstdorf. Bei der Bewertung

dieser Förderung blieb bislang die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betreibergesellschaft außer Betracht. Deren Ziel ist es, Überschüsse zu erwirtschaften. Die Ausschreibung der Bauleistungen war nicht eindeutig und erschöpfend genug. Dadurch wurden Wettbewerbs- und Wirtschaftlichkeitsgrundsätze verletzt. Außerdem hätte die Zufahrtsstraße zum Stadion nicht aus FAG-Mitteln gefördert werden dürfen. [TNr. 21]

5.2 Bayerischer Landes-Sportverband (BLSV)

ORH: BLSV soll Sport besser fördern

Die Sportförderung des Staates erfolgt u.a. über den BLSV. Eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung liegt deshalb nicht nur im Interesse der Verbände und Vereine, sondern auch im Interesse des Staates. Nach den Feststellungen des ORH sind Fördergelder nicht zweckentsprechend verwendet worden. Bei wirtschaftlicherem Handeln des BLSV könnten zusätzlich mehrere Millionen Euro für den Sportbetrieb in den Fachverbänden eingesetzt werden. [TNr. 22]

5.3 Grundstücksverpachtung an die Messe München

ORH: Marktübliche Pachtzinsen verlangen

Der Freistaat verpachtet seit 2000 ein fünf Hektar großes Grundstück in Poing, auf dem ein Bauzentrum betrieben wird, an die Messe München GmbH. Die vereinbarte Pacht entspricht nicht dem ortsüblichen Wert, dem Staat entgehen jährlich 120 000 € Einnahmen. Mit dem Einnahmeverzicht subventioniert der Freistaat die Messe in einem größeren Umfang als es seinem Gesellschaftsanteil entspricht. [TNr. 28]

5.4 Ausbau des Flughafens Hof-Plauen

ORH: Finanzierung braucht sichere Start- und Landebahn

Der Staat hat für den Ausbau des Flughafens Hof-Plauen 31,8 Mio € Förderung in Aussicht gestellt, obwohl weder der verkehrliche noch der tatsächliche finanzielle Bedarf belastbar festgestellt sind. Durch einen besonderen Vertrag versucht der Staat, eine Aufstockung dieser Mittel und die Übernahme von möglichen Betriebsdefiziten auszuschließen. Der ORH hält

angesichts der ungeklärten Finanzierung, insbesondere des Betriebs, eine definitive Zusage der Mittel für nicht zulässig. Er sieht in dem gewählten Vorgehen erhebliche Risiken für den Staatshaushalt. [TNr. 31]

5.5 KULAP-Förderung in Wasserschutzgebieten

ORH: Staat hebt gesetzlichen Schutz auf, um fördern zu können.

In Wasserschutzgebieten sind zum vorbeugenden Schutz des Grundwassers häufig bestimmte landwirtschaftliche Bewirtschaftungsweisen gesetzlich verboten. Aus 780 Wasserschutzgebietsverordnungen wurden solche Verbote gestrichen, um dann mit Mitteln aus dem Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) die Einhaltung dieser Einschränkungen fördern zu können. [TNr. 32]

5.6 Förderung des Gewässer- und Hochwasserschutzes

ORH: Staat fördert extensive Pflege landwirtschaftlicher Flächen doppelt

Als Gegenleistung für extensive Bewirtschaftung von Flächen überlässt die Wasserwirtschaftsverwaltung Landwirten unentgeltlich oder zu sehr geringem Pachtzins Flächen. Gleichzeitig erhalten Landwirte Zuwendungen aus dem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm um Nachteile der extensive Bewirtschaftung zum Schutz der Gewässer vor Hochwasser auszugleichen. Die Landwirte werden damit doppelt entschädigt. [TNr. 33]

5.7 Staatliche Hilfen bei Trockenschäden in der Landwirtschaft

ORH: Fördermittel führten überwiegend zu Mitnahmeeffekten

Der Staat beabsichtigte im Jahrhundertsommer 2003, den landwirtschaftlichen Betrieben, die durch Trockenschäden in ihrer Existenz bedroht waren oder Liquiditätsengpässe hatten, mit zinsverbilligten Darlehen zu helfen. Die Finanzhilfen wurden zwar gerne genommen, sie waren aber unnötig. Keiner der geförderten Betriebe war nach dem Ergebnis der Prüfung auf diese Förderung angewiesen (durchschnittlicher Subventionswert: 1 400 €).

Außerdem wurden bei der Programmabwicklung von den Antragstellern die Schäden zu hoch geschätzt, falsche Angaben zu den Einkommens- und

Vermögensverhältnissen gemacht und Fördermittel zweckwidrig verwendet.

[TNr. 34]

5.8 Staatliche Zuschüsse der Theater

ORH: Zuschüsse leistungsbezogen verteilen

Die Leistungen des Freistaats lagen 2002 für die Staatstheater bei 97 Mio € und die Förderungen für die nichtstaatlichen Theater bei 44,6 Mio €. Die Zuschüsse für die einzelnen Theater sind in ihrer Höhe und Entwicklung äußerst unterschiedlich. So hat sich von 1997/1998 bis 2002/2003 die staatliche Förderung pro Theaterbesucher bei den einzelnen Theatern zwischen - 2 % bis + 117 % verändert. Der ORH empfiehlt, durch eine teilweise leistungsbezogene Vergabe der Zuschüsse Anreize zu schaffen und damit auch das Kosten- und Leistungsbewusstsein der Bühnen zu stärken.

[TNr. 38]

6 Steuern und Steuerverwaltung

Der ORH prüft nicht nur die Ausgaben des Staats, er richtet sein Augenmerk auch auf die rechtzeitige und vollständige Erhebung der staatlichen Einnahmen. Der größte Teil davon sind Steuern. In diesem Jahr hat er insbesondere die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und die Lohnsteuer-Außenprüfung untersucht.

6.1 Besteuerung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

ORH: 150 Mio € Steuereinnahmen gehen pro Jahr verloren

Rund ein Viertel der geprüften Fälle aus dem Bereich Vermietung und Verpachtung waren unzureichend bearbeitet. Fehlerschwerpunkte waren u.a. Gebäudeabschreibungen und Werbungskosten. Neben einer fehlerhaften Anwendung selbst einfacher Rechtsvorschriften unterblieben häufig auch bei zweifelhaften Sachverhalten die gebotenen Ermittlungen. So wurden selbst Fälle, in denen die Vermietungseinnahmen nicht einmal die laufenden Grundstückskosten deckten, nicht weiter hinterfragt.

Nach vorsichtiger Hochrechnung gehen durch die mangelhafte Bearbeitung jährlich Steuereinnahmen von 150 Mio € verloren. Der ORH fordert, die IT-

Unterstützung zu verbessern und die Vermietungsfälle insbesondere bei der ersten Bearbeitung gründlich zu prüfen. [TNr. 24]

6.2 Lohnsteuer-Außenprüfung

ORH: Prüfung auf Risikobereiche konzentrieren

Die Lohnsteuerausßenprüfung untersucht, ob die Arbeitgeber die Lohnsteuer korrekt an das Finanzamt abführen. Obwohl die festgestellten Mehrsteuern in den letzten Jahren jeweils bei knapp 100 Mio € lagen, wird bei zu vielen Prüfungen kein oder nur ein geringes steuerliches Mehrergebnis erzielt, das nicht einmal die Kosten deckt. Der ORH fordert daher, Auswahl und Prüfung der Fälle auf Risikobereiche zu konzentrieren. Er fordert weiter, mehr Personal für die Prüfung der Körperschaften in den Ballungsräumen einzusetzen, weil in diesem Bereich die Steuerausfälle am höchsten sind. [TNr. 25]

6.3 IT-Verfahren der Steuerverwaltung

ORH: Kosten gerecht verteilen

Bayern betreibt in Kooperation mit zehn weiteren Ländern die Weiterentwicklung der schon im Einsatz befindlichen IT-Verfahren in der Steuerverwaltung. Nachdem das Vorgängerprojekt FISCUS des Bundes gescheitert war, erscheint der von Bayern nunmehr eingeschlagene Weg grundsätzlich gangbar. Allerdings hat der ORH festgestellt, dass nicht alle Länder das erforderliche Personal im vereinbarten Umfang zur Verfügung stellen. Bayern setzt zusätzlich 70 Vollzeitkräfte ein. Der ORH fordert einen raschen Ausgleich der dadurch entstehenden Kosten. [TNr. 26]

7 Ein Wort in eigener Sache

Der Jahresbericht ist kein Rechenschaftsbericht des ORH über seine Prüfungstätigkeit, sondern er dient vor allem der finanzpolitischen Entlastung der Staatsregierung durch den Landtag. Es wird immer wieder gefragt, was die Prüfungstätigkeit des ORH denn letztlich für die Staatskasse erbringt. Die **finanziellen Auswirkungen der Prüfung** lassen sich nur zum Teil quantifizieren. Wo das möglich ist, sind die im konkreten Fall erzielten oder

erzielbaren Einsparungen bzw. Mehreinnahmen in der Regel angegeben. Im Übrigen ist jedoch zu berücksichtigen, dass

- der Jahresbericht nur einen - wenn auch gewichtigen - Ausschnitt aus der gesamten Prüfungstätigkeit des ORH und der sechs Staatlichen Rechnungsprüfungsämter wiedergibt,
- viele Vorschläge des ORH, insbesondere bei Organisationsprüfungen, sich erst in der Zukunft finanziell auswirken können,
- Prüfungen manchmal „nur zu einer effizienten und unbürokratischen Aufgabenerfüllung“ durch die Verwaltung führen, ohne dass sich dies in messbaren Einsparungen niederschlägt und
- schließlich die präventive Wirkung der Finanzkontrolle nicht in Euro und Cent zu beziffern ist.

Der ORH sieht deshalb auch weiterhin davon ab, eine Art „Gesamtbilanz“ seiner Prüfung aufzustellen. Er verfolgt aber zusammen mit dem Landtag die Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zum Jahresbericht durch die Staatsregierung.